

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis:
Die 10 Pf. Zeile
in der 1. Spalte
kostet 2 Mark.
Robette u. Tarif.



Gedenkt der Opfer!

Sozialdemokratische Fraktion beginnt mit einer Ehrung der im Kampf Gefallenen!

Die erste Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion des neuen Reichstags wurde heute vormittag von dem Vorsitzenden der Partei, Genossen Wels, mit einem Rückblick auf den Wahlkampf eröffnet.

Wels erinnerte daran, daß dieser Kampf mit einer bisher unerhörten Schärfe geführt worden ist. Er hat von uns allen Opfer in einem Ausmaß wie nie zuvor gefordert.

Unsere Parteigenossen haben den Wahlkampf nicht nur mit Einsetzung ihres Lebens geführt, viele von unseren Genossen haben ihn auch mit ihrem Leben bezahlen müssen.

Die Verrohung des politischen Kampfes hat Formen angenommen, wie das in der Geschichte Deutschlands, in der Geschichte Europas noch nie erlebt worden ist. Selbst in der Zeit der Revolution, als wir noch unter der Auswirkung des Krieges standen, hat die Tötung von Menschen nicht im entferntesten den Umfang angenommen, wie das jetzt geschieht. Auch die radikalsten Gruppen der Linken haben niemals daran gedacht, der Verrohung der politischen Meinung Andersdenkender mit Messern, Revolvern und Bomben Ausdruck zu geben.

Die Entartung des politischen Kampfes hat in unseren Reihen nicht nur zahllose Tote gefordert, Hunderte aufrechter Parteigenossen wurden auf das Krankenbett geworfen, viele andere sind vor den Strafrichter gezogen worden. Unser erstes Wort gilt darum allen Kämpfern, die sich mit ihrem Herzblut für unsere große Sache eingesetzt, die Opfer ohne Zahl für unsere Idee gebracht haben. Wir aber wollen geloben, daß wir den Kampf, zu dem sich die ganze Arbeiterklasse zusammengeschlossen hat, weiterführen wollen. Wir werden das Banner der Freiheit hochhalten um der Zukunft des deutschen Volkes und der Zukunft der Menschheit willen. In diesem Sinne gedenken wir vor Beginn unserer Arbeit der Opfer, die der Kampf der Arbeiterklasse bisher gefordert hat!

Zu Ehren der im Kampf für die Ziele der Arbeiterklasse gefallenen Opfer hatten sich die Mitglieder der Fraktion von ihren Plätzen erhoben. Die letzten Ausführungen des Genossen Wels wurden durch stürmischen Beifall unterstrichen. Wels erinnerte hierauf an die außerordentlich wertvolle Arbeit der 25 Parteigenossen, die der neugewählten Fraktion nicht mehr angehören. An ihre Stelle sind 22 neue Mitglieder getreten. Das ist ein Zeichen dafür, daß in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion immer wieder der Prozeß der Verjüngung vor sich geht.

Die Neuwahl des Vorstandes der Fraktion wird in der Sitzung vorgenommen werden, die der Eröffnung des Reichstags am 30. August vorangehen soll.

Genosse Wels gab hierauf einen Überblick über die Entwicklung der politischen Lage seit der Reichstagswahl.

Genosse Herz erörtert dann die Anträge und Gesetzentwürfe, die die Fraktion im Reichstag bei seinem Zusammenritt vorlegen wird. Sie gehen von dem Gedanken aus, die Existenzmöglichkeiten der breiten Volksmassen zu sichern; darüber hinaus verlangen sie den Umbau der Wirtschaft mit dem Ziel, einen Ausweg aus der Wirtschaftskrise herbeizuführen. Zu diesem Zweck fordert die Fraktion die Wiederherstellung der sozialen Leistungen vor den letzten Notverordnungen sowie die Beseitigung der zuletzt verordneten Massensteuern. Zur Beschaffung der Mittel werden Notsteuern auf hohe Einkommen und Vermögen vorgeschlagen, die Erweiterung der Erbschaftsteuer, die Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen nicht nur in öffentlichen Körperschaften und Betrieben, sondern in allen Unternehmungen, die durch Subventionen erhalten oder mit ihren Steuerleistungen im Rückstande geblieben sind, und schließlich auch die Aufhebung der Fürstenabfindungen. Der Umbau der Wirtschaft soll beginnen mit der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, also vor allem bei Kohle, Eisen, Großchemie und Zement sowie der Großbanken. Schließlich verlangt die Fraktion auch die Enteignung des Großgrundbesitzes.

Die rauhe Pragis.

Kube lobt gegen Schlachtsteuer — Röber führt sie ein.

Odenburg, 19. August. (Eigenbericht.)

Die rein nationalsozialistische Regierung in Odenburg hat den Beschluß gefaßt, vom 1. September an die Schlachtsteuer im Freistaat Odenburg einzuführen. Die Regierung mußte, nachdem sie alles mögliche versucht hatte, das Defizit auf andere Weise auszugleichen, dieselbe Steuer einführen, gegen die die Nationalsozialisten in Preußen schärfsten Protest erhoben hatten.

„Landesverrat“ des Stahlhelms?

Eine blöde Ausrede des Hitler-Organ.

Die Veröffentlichungen des Stahlhelmmajors v. Stephan über die Versuche der SA., Stahlhelmmangehörige mit Gewalt zur Unterstützung eines beabsichtigten Putsches zu verleiten und gar sich gewisser Waffen zu bemächtigen, die sie im Besitz oder Gewahrsam des Stahlhelm vermuteten, haben in der Öffentlichkeit begreifliches Interesse gefunden.

Mit Recht fragt man sich, wo der Reichsanwalt bleibt, der diese offenen Putschversuche etwa mit dem gleichen Maße messen würde, wie den sogenannten „intellektuellen Hochverrat“ der viele Dutzende von Kommunisten bereits hinter Schloß und Riegel gebracht hat. Man fragt sich aber auch weiter, welche Stellung etwa die Reichsregierung zu diesen vom Stahlhelm bezugten nationalsozialistischen Hochverratsabsichten einnimmt.

Zunächst sind diese Fragen der Öffentlichkeit dazu verurteilt, ohne Antwort zu bleiben! Die Regierung läßt durch ihre „zuständigen Stellen“ die Enthüllungen Stephanis geradezu absichtlich bagatelisieren, indem sie den Wert solcher Nachrichten dadurch in Zweifel zieht, daß sie erklärt, „den Nachrichten dienst der Verbände dürfe erfahrungsgemäß keine allzu große Bedeutung beigemessen werden.“ Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als daß die sehr bestimmt ausgesprochenen positiven Behauptungen des Stahlhelm-Stephanis als Hirngespinnste hingestellt werden!

Welche Ursache nach ihrem eigenen Willen die für die öffentliche Ruhe verantwortliche Regierung haben mag, von dem Verlangen der SA. nach Stahlhelmwaffen keine Kenntnis zu haben, bleibt schleierhaft. Vielleicht aber ist die Reichswehr geneigt, mitzuteilen, wie sie etwa die Lage beurteilen würde, wenn es der SA. gelungen wäre, die beim Stahlhelm — mit Recht oder Unrecht — vermuteten Waffenlager zu erobern und für putschistische Zwecke zur Verwendung zu bringen? Ist der Herr Reichswehrminister nicht mit uns der Meinung, daß mit Hilfe dieser Waffen das schwerste Unheil über Deutschland herbeigeführt worden wäre?

Augenscheinlich ist den Reaktionen in allen Lagern die Veröffentlichung des Stahlhelms sehr unangenehm. Das geht schon

daraus hervor, daß die Hugenberg-Presse, die sonst den Stahlhelm als ihre besondere Parteieinrichtung zu hofieren sucht, von der Veröffentlichung des Stahlhelmsführers überhaupt keine Notiz nimmt. Die Leser dieser „nationalen Opposition“ dürfen augenscheinlich nichts davon erfahren, daß die von Papen mit dem Vorrecht des Uniformtragens begnadeten Soldaten drauß und drann waren, auch die friedlichsten Bürger mit Krieg zu überziehen, um ihre Nachtgelüste durchzusetzen. Der „Angriff“, der heute zu den Enthüllungen Stephanis notwendige Stellung nehmen muß, behauptet, diese Enthüllungen „grenzten nahezu an Landesverrat!“ Wie es Landesverrat sei, wenn man nationalsozialistische Putschabsichten öffentlich feststellt, bleibt zunächst ein Geheimnis zwischen dem Hitler- und dem Stahlhelmlager.

Die Öffentlichkeit und das ganze deutsche Volk hat aber ein Interesse, daß nicht mit derartigen Geheimnissen gespielt wird, wo es um die Lebensinteressen der Nation geht. Wir sind nicht darüber informiert, warum die SA-Leute ausgerechnet beim Stahlhelm Waffen vermuteten. Aber es interessiert vielleicht den höchsten Gerichtshof des Reiches festzustellen, warum und zu welchem Zwecke die angeblich legalen SA-Leute gerade diese vermuteten Waffenlager zu erobern trachteten. Die Frage wird nicht verstummen, selbst wenn die Regierung sich noch so stumm zu stellen beliebt!

Razzia bei der SA.

Schusswaffen, Handgranaten und Munition gefunden.

Kiel, 19. August. (Eigenbericht.)

Vor einigen Tagen wurde bei den Rendsburger Nationalsozialisten eine Razzia vorgenommen. Bei der Durchsuchung der Nazilokale wurden 18 Handgranaten, rund 800 Schussmunition und eine Anzahl Schusswaffen gefunden.

Das hätte für die SA-Sprengstoffabteilungen ausgereicht, um noch eine Anzahl Gebäude in Rendsburg zu demolieren und die Bevölkerung von Rendsburg und Umgegend weiter unter Terror zu halten.

Dolchstoß gegen Einheitsfront.

KPD. sucht Ausflüchte.

In der gesamten Arbeiterklasse hat die drohende faschistische Gefahr den tiefen Wunsch nach Beseitigung der politischen und wirtschaftlichen Spaltung der Arbeiterklasse ausgelöst.

Diese Stimmung ist der Leitung der KPD. höchst unangenehm. Wo bliebe schließlich die gesamte KPD., wenn sich die Arbeiterklasse einigen würde. Geseht den Fall, es gäbe im Reichstag statt 133 Sozialdemokraten und 89 Kommunisten eine einheitliche sozialdemokratische Fraktion von 222 Mitgliedern, so würde allein durch diese Tatsache die faschistische Gefahr gebannt sein. Aber dann gäbe es keine KPD. mehr.

Um den Glanz ihrer Anhänger zur Einheitsfront zu brechen, erfinden die kommunistischen Blätter die dümmsten Lügen, aus denen hervorgehen soll, daß ausgerechnet die Sozialdemokratische Partei und die freien Gewerkschaften gemeinsame Sache mit den Faschisten machen wollen. Es war wahrscheinlich die Sozialdemokratische Partei, die das faschistische Volksbegehren unterstützte, Kerri zum Landtagspräsidium verhofft, für die Amnestie der Fememörder stimmte usw.

Es verlohnt sich nicht, auch nur mit einem Wort auf diese Lügen einzugehen. Die zerstörten Gewerkschaftshäuser, die gemenschelten Gewerkschaftsfunktionäre und sozialdemokratischen Vertrauensleute sprechen eine deutliche Sprache, in welchem Verhältnis Gewerkschaften und Partei zu den Nazis stehen. In welchem Verhältnis die KPD. aber zu den Nazis steht, dafür spricht eine Vergangeneit noch jungen Datums, die auf die Zukunft allerlei Schlüsse zuläßt.

Die „Niobe“ steigt empor.

Bergung der Leichen wahrscheinlich heute abend.

Kiel, 19. August.

Das Bergungswerk geht jetzt sichtbar seinem Ende entgegen und es ist sehr wahrscheinlich, daß bereits heute abend mit der Bergung der Leichen begonnen wird. Heute, Freitag früh, gegen 1/10 Uhr, hob sich das Wrack der „Niobe“ mit dem Vorderdeck plötzlich etwa 4 Meter aus dem Wasser und bald darauf auch das Heck. Jetzt konnten zum erstenmal nach dem Untergang des Schiffes wieder Menschen an Bord gehen. Die Taucher sind unermüdet am Werk, um das Wrack weiter abzudichten. Die Angehörigen der ertrunkenen jungen Menschen treffen zur Teilnahme an der Beisetzungsfeier bereits in Kiel ein. Ueberall sieht man Fahnen auf Halbmaß.

Vorbereitungen für die Trauerfeier.

Kiel, 19. August.

Die Marinestation der Ostsee teilt mit: Nachdem das Wrack der „Niobe“ inzwischen etwas weiter unter Land geschleppt werden konnte, wurde günstigerer Weeresboden vorgefunden. Es darf jetzt damit gerechnet werden, daß die weiteren Bergungsarbeiten schneller als bisher vor sich gehen, wenn nicht durch die Aufichtung des Schiffes unvorhergesehene Schwierigkeiten eintreten. Falls die Bergung des Schiffes in der jetzt vorgesehenen Form ohne weitere Unfälle vonstatten geht, wird voraussichtlich frühestens im Laufe des 22. August nachmittags eine gemeinsame Trauerfeier für alle Toten der „Niobe“ auf dem Garnisonfriedhof in Kiel stattfinden. Wegen des sehr beschränkten Platzes auf dem Friedhof werden außer den Vertretern der Behörden, den Abordnungen der Marineabteilungen

und den Fahnenabordnungen der Marinevereine nur Inhaber besonderer Karten zugelassen. Die Karten werden lediglich an Angehörige der auf der „Riobe“ Gebliebenen und an die Angehörigen der Soldaten der Reichsmarine ausgegeben. Ein Trauerzug durch die Stadt findet nicht statt.

Faschistische Polizei.

Reichsbanner wie Verbrecher abgeführt. — Beschwerde abgelehnt.

Braunschweig, 19. August. (Eigenbericht.)

Der nationalsozialistische Kommandeur der braunschweigischen Schutzpolizei hat eine Beschwerde des Reichsbanners wegen Mißhandlung von 84 festgenommenen Reichsbannermitgliedern durch Polizeibeamte als „unbegründet“ abgelehnt. Dabei waren die feinerzeit im Bebelhof festgenommenen, ohne daß ein einziger auch nur Miene zum Widerstand gemacht hätte, gezwungen worden, wie schwere Verbrecher, beide Hände hochzuhalten und sich dann in strammer Haltung mit dem Gesicht zur Wand aufzustellen. Der Polizeioffizier befahl seiner Mannschaft mit schußfertiger Pistole (!), hinter den Reichsbannerkameraden Aufstellung zu nehmen. Auch auf dem Transport richteten die Polizeibeamten ihre Waffen auf die Festgenommenen. In der Polizeikaserne mußten sich die Reichsbannerkameraden unflätige Beleidigungen fügen lassen. All diese Tatsachen genügen dem Polizeikommandeur nicht, um im Wege der Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die nationalsozialistischen Polizeibeamten vorzugehen.

Wie in früheren Jahren, so wollte auch dieses Jahr der Arbeiter-Samariter-Bund eine Haus- und Straßensammlung im Staate Braunschweig veranstalten, um seiner sozialen Aufgabe besser nachkommen zu können. Auf monatelange Vorstellungen hat sich Klages schließlich zu einer ablehnenden Antwort ohne Angabe von Gründen bequemt. Auf telephonische Anfrage wurde dem Gesuchsteller eröffnet, daß das Verbot der Sammlung aus politischen Gründen (!) erfolgt sei.

Rückendeckung für pflichttreue Beamte.

Eine Aktion des Regierungspräsidenten Friedensburg.

Kassel, 19. August. (Eigenbericht.)

Zu den wüsten Angriffen der Nationalsozialisten gegen die Kasseler Polizei hat Regierungspräsident Dr. Friedensburg in einer öffentlichen Erklärung Stellung genommen.

Er betont, es sei unerträglich, wenn sich die politische Voreingenommenheit in offener Nichtachtung gegen Beamte geltend mache, die Tag und Nacht bis zur Erschöpfung ihre Pflicht tun. Er habe seine ersten Bedenken darüber auch dem Reichskommissar Dr. Bracht persönlich vorgetragen und bei ihm volles Verständnis dafür gefunden, daß eine sachliche Arbeit der Beamten seines Ressorts in der jetzigen kritischen Zeit außerordentlich erschwert werde. Der Reichskommissar habe in einem besonders wichtigen Fall, der gerade die Kasseler Polizei angehe, seiner Meinung hierüber den Angreifern gegenüber sehr unzweideutig Ausdruck gegeben und versichert, daß er die ihm nachgeordneten Beamten rückhaltlos schützen werde, wenn sie ungerechtfertigte Angriffe erleiden.

Kommunisten ins Gefängnis.

Weil sie Verbot der SA-Uniformen forderten.

Greifswald i. Pom., 19. August. (Eigenbericht.)

Vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts hatten sich 23 Kommunisten wegen Landfriedensbruchs zu verantworten. Es war vor einiger Zeit in der Nähe des Arbeitsamts in Anklam zu Ausschreitungen gekommen, bei denen die Polizei eingreifen mußte. Ein kommunistischer Demonstrationszug hatte sich zum Bürgermeister begeben und von diesem gefordert, daß er das Uniformverbot für die Nationalsozialisten einführe.

Die Strafen, die die Ferienstrafkammer des Landgerichts verhängte, sind außerordentlich hart. Zwei Angeklagte wurden zu je 1 Jahr Gefängnis, ein Angeklagter zu 9 Monaten, vier Angeklagte zu je 7 Monaten und weitere vier Angeklagte zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Angeklagter erhielt 4 Monate, ein anderer 3 und einer 2 Monate Gefängnis. Sieben Angeklagte wurden freigesprochen.

Drei Monate Gefängnis wegen Hausbemalung.

Trier, 19. August.

In der vergangenen Nacht hatten zwei Kommunisten an einem Hause aufreizende Inschriften angebracht. Sie wurden heute vom Schnellrichter wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten und wegen Beschädigung des Hauses zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Ein anderer Kommunist, der „Schmiere“ gestanden, erhielt die gleiche Strafe (!)

Wann kommen die Naziferroristen an die Reihe?

Breslau, 18. August. (Eigenbericht.)

Das Breslauer Sondergericht fällt wieder ein überaus hartes Urteil gegen 7 Kommunisten. Diese waren am 20. Oktober vorigen Jahres mit Nationalsozialisten, die von einer Betriebszellenversammlung kamen, in Streit geraten. Ein Nationalsozialist war durch einen Messerstich erheblich verletzt worden. Die Angelegenheit sollte im Juni das Schöffengericht beschäftigen, wurde aber mit Rücksicht auf die Amnestievorlage im Landtag vertagt.

Jetzt hat die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Breslau diesen Fall dem Sondergericht vorgelegt. Es nimmt nicht mehr wunder, daß der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat 111, bei der Strafzumessung seine ungeheuer hohen Ansprüche damit begründete, es müsse nach dem Terror der letzten Wochen exemplarisch vorgegangen werden. So beantragte er gegen zwei Angeklagte zwei Jahre acht Monate Zuchthaus. Das Gericht verurteilte die beiden Hauptangeklagten zu je einem Jahr drei Monaten Gefängnis, ein Angeklagter erhielt neun Monate, drei Kommunisten wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Lausanne und Deutschösterreich.

Wien, 19. August. (Eigenbericht.)

Auf sozialdemokratischen Antrag hat der Auswärtige Ausschuss des Bundesrats (Vertretung der Länder) beschlossen, gegen die Ratifizierung des Lausanner Abkommens Einspruch vorzuschlagen. Tritt der Bundesrat diesem Vorschlag bei, so genügt allerdings die Wiederholung des Nationalratsbeschlusses mit einfacher Mehrheit, um die Ratifizierung herbeizuführen. Im Nationalrat ist, wie gemeldet, der Lausanner Vertrag nur mit einer Stimme Mehrheit angenommen worden.

Der Beuthener Mordprozeß

Neun SA-Leute vor dem Sondergericht

Beuthen, 19. August.

Der mit großer Spannung erwartete Prozeß vor dem Sondergericht in Beuthen hat am Freitagvormittag begonnen. Der Andrang des Publikums war außerordentlich groß. Verhandelt wird gegen neun Nationalsozialisten. Die Anklage lautet auf Totschlag. Ein großes Schutzpolizeiaufgebot sperrt das Gerichtsgebäude ab. Für die Verhandlung selbst sind nur 60 Einladungskarten ausgegeben worden, da der große Schwurgerichtssaal nicht ausreicht. Wie groß das Interesse an dem Prozeß ist, beweist die Tatsache, daß 40 Pressevertreter anwesend sind.

Kurz nach 9 Uhr eröffnete der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Himml, die Verhandlung. Als Beisitzer sind die Landgerichtsräte Hoffmann und Stahl bestellt. Die Angeklagten werden verteidigt von dem nationalsozialistischen Rechtsanwalt Dr. Zuetgebrune und Assessor Dr. Nowak aus Gleiwitz. Als Sachverständiger ist zugelassen Medizinalrat Dr. Weimann. Unter den geladenen 16 Zeugen befinden sich auch

die Mutter und der Bruder des getöteten Arbeiters Konrad Pietrzuch aus Potempa.

Angeklagt sind der Elektrotechniker Reinhold Kottisch aus Mikulschütz, der Grubenarbeiter Rufin Wolniga aus Friedrichswille, der Häuer August Gräupner aus Rokittitz, der Markenkontrolleur Müller aus Friedrichswille, der Gastwirt Paul Bachmann aus Potempa, der Gastwirt Georg Hoppe aus Twarog, der ehemalige Polizeiwachmeister Nowak aus Brosławitz, der Häuer Hippolyt Hadamit und der Häuer Karl Gyoja aus Rokittitz.

In der Anklageschrift werden die ersten vier Angeklagten des Totschlages aus politischen Gründen an dem Arbeiter Konrad

Pietrzuch in Potempa beschuldigt. Außerdem sind sie angeklagt wegen unerlaubter Führung von Schusswaffen und wegen unerlaubten Schusswaffenbesitzes. Weiter wird ihnen die Anklage vor, gefährliche Körperverletzung an dem Bruder des Getöteten, Alfred Pietrzuch, begangen zu haben. Der Angeklagte Bachmann wird beschuldigt, die erlittenen vier Angeklagten zu diesem Verbrechen vorzüglich bestimmt zu haben. Die Angeklagten Hoppe, Nowak, Hadamit und Gyoja sind angeklagt, den oben Angeklagten zu den von diesen begangenen Verbrechen durch Rat und Tat wesentlich Beihilfe geleistet zu haben. Hoppe wird außerdem beschuldigt, Pistolen aufbewahrt zu haben. An der Tat beteiligt zu sein, werden auch noch beschuldigt der Kaufmann Preßler aus Friedrichswille und die Arbeiter Golambel und Duhli, sämtlich aus Rokittitz.

Diese Beschuldigten sind trotz eifriger Nachforschungen bisher nirgends aufgefunden worden. Man nimmt an, daß sie nach Polen geflüchtet sind.

Nach Verlesung des Eröffnungsbeschlusses wurde als erster Angeklagter der Elektrotechniker Kottisch vernommen, der den Schuß auf Pietrzuch abgegeben hat. Kottisch erklärte zunächst, daß er der NSDAP nicht angehöre, sondern Mitglied des obererschlesischen Selbstschutzes sei. Zu der Tat selbst jagte der Angeklagte aus, daß er an dem fraglichen Tage in Brosławitz von einer Zielperson aufgefordert worden sei, in einem Kraftwagen mitzukommen. Der ihm unbekannt Mann habe zu ihm gesagt, alles andere würde sich finden. In dem Kraftwagen hätte er neben dem Chauffeur gesessen und neben diesem habe sich der Angeklagte Gräupner befunden, den er damals noch nicht gekannt hatte. Sie seien dann in ein Lokal gefahren, das der Angeklagte nicht kannte. Dort seien zwei Mann aus dem Kraftwagen ausgestiegen.

Uff — diese Hitze!



Selbst dem See-Elefanten im Zoo wird die Tropentemperatur nachgerade unheimlich!

„Sturm 21 fertig machen.“

SA-Leute unter Anklage des Landfriedensbruchs.

Am 13. Juli marschierte ein geschlossener Zug SA-Leute von etwa 800 Mann auf der Landstraße von Teltow. Polizeibeamte erhielten den Auftrag, den Zug aufzulösen. Ihre Verhandlungen mit dem Führer des Zuges blieben ergebnislos; die SA-Leute marschierten froh weiter.

Die Beamten holten nun Verstärkung. Als sie zurückkamen, stehen sie an der Curtiusstraße auf einen Teil des Zuges von etwa 150 bis 200 Mann. Es erging nun von den Beamten die Aufforderung, den Zug aufzulösen. Der Führer des Zuges gab den Befehl dazu. Die SA-Leute gingen von dem Fahrdamm auf die Gehbahn und blieben an der Ecke stehen. Die Beamten richteten nun an die Menge die Aufforderung, auseinanderzugehen. Der Führer erklärte aber: „Hier befehle ich! Der Zug geht auseinander, wenn ich bestimme.“ Es wurden drohende Rufe laut:

Nehmt der Polizei die Gummiknüppel ab, jetzt brauchen wir nicht mehr auf die Polizei zu hören, wir haben die Nacht, wir lehnen die Gummiknüppel gegen sie.

Jemand rief: „Sturm 21 fertig machen, Koppel los!“ Dann wieder schrie man: „Schlagt die Hunde tot.“ Der Oberwachmeister, der die Führung hatte, gab das Kommando: „Gummiknüppel losmachen!“ Im selben Augenblick erschienen auch der Polizeihauptmann auf der Bildfläche, und da die Beamten bedrängt und geschlagen wurden — einer hatte bereits eine Verletzung am Finger bekommen, einem anderen wurde ein Bein gestreift —, gab er das Kommando: Pistolen fertig machen. Zum Gebrauch der Schusswaffe kam es nicht; die Gummiknüppel genigten, um die widerspenstigen SA-Leute auseinander zu treiben. Im ganzen wurden etwa 46 Verhaftungen vorgenommen.

Auf der Anklagebank sitzen nun vor der Strafkammer unter der Anklage der Rädelsführerschaft und des Landfriedensbruchs die SA-Leute Pauz und Arnold. Das Sondergericht hat es abgelehnt, sich mit dem Fall zu beschäftigen. Beide Angeklagten bestreiten, Widerstand geleistet und die Rädelsführer gespielt zu haben. Die Auslagen der Polizeibeamten bestreiten die von der Anklage behaupteten Tatsachen. Rechtsanwalt Dr. Kamete als Verteidiger glaube u. a. dem Führer der SA-Leute, der gesagt hat: „Hier befehle ich!“ recht geben zu müssen. Der Vorsitzende gab über diesen Standpunkt seiner Verwunderung Ausdruck.

Funkausstellung eröffnet.

Politische Zwischenfälle.

Als das musikalische Vorspiel zur Eröffnung der Funkfeier ersonnen war und der erste Rechner das Podium betreten sollte, sprang ein Mann aus dem Zuhörerkreis vor das Mikrophon und rief: „Das wertvolle Volk fordert Rundfunk frei!“

Nach diesem unprogrammatischen Zwischenfall ergriff der Vertreter des Reichspostministers das Wort, um noch einmal die bereits bekannte Neuregelung des Rundfunks durchzusprechen. Bemerkenswert aus dieser Rede ist nur, daß in ihr ausdrücklich unterstrichen wurde, die Selbständigkeit der Sender in den einzelnen Ländern solle erhalten bleiben, da sie eine Kulturnotwendigkeit darstelle. Die klare Abgrenzung der Zuständigkeiten werde es den Sendern in Zukunft sogar ermöglichen, von dieser Selbständigkeit weitestgehenden Gebrauch zu machen.

Die bei den Funkausstellungen üblichen Reden widelten sich dann in der gewohnten Weise ab. Nachdem das „Deutschlandlied“ verklungen war, schallte von der Ballustrade des Funkcafés plötzlich der Ruf „Heil Hitler“. Ein Jüngling in Zivil, umgeben von einer Schutzgarde in Rotverordnungsuniformen, hatte ihn ausgestoßen. Er schien offensichtlich das Bedürfnis zu haben, dem Publikum noch weitere Gestichtnisse mitzutellen. Über in den

braukenden Rufen „Freiheit“, „Es lebe die Deutsche Republik“, „Freiheit!“.

die aus allen Gruppen des Publikums erklangen, gingen seine Worte unter. Die politische Feststellung des ersten Zwischenrufers setzte sich ohne merkliches Aufsehen vollzogen. Der Hitler-Jüngling dagegen machte heftige Anstrengungen, sich der Polizei zu entziehen. Da er Zivilkleider trug, hätte er natürlich in der verarmelten Menge mühelos untertauchen können. Als er abgeführt wurde, trat auf die Gruppe der uniformierten Hitler-Leute ein Jüngling zu und sagte: „Ich werde sofort Gogbels.“ Der Rest der Rede ging für die Umstehenden verloren; aber der Ruhm im „Angriff“ dürfte den Hitler-Rufern damit ja gesichert sein.

Auf dem ganzen Wege zur Polizeiwache bemühte sich der Festgenommene von Zeit zu Zeit, sich loszureißen. Sobald die Polizei dann fester zugriff, rief er: „Sie brauchen mich doch nicht zu knebeln, ich gebe so mit.“ Aber nach wenigen Schritten wiederholte er seine Manöver, so daß die beiden Polizisten, die ihn rechts und links bei den Händen gefaßt hielten, immer wieder gezwungen waren, nach seinen Armen zu greifen. Mit ihm wurden einige der Brauhenden zwangsgestellt.

Gaswolke über Oberschöneweide.

Schwefelsäuredämpfe finden den Weg ins Freie.

In der Kalkchemie-W.G. in der Berliner Str. 140/141 in Oberschöneweide ereignete sich heute früh ein eigenartiger Unfall. Aus einem großen Kessel, dessen Verschlußdeckel undicht geworden war, strömten Schwefelsäuredämpfe, die in der Luft eine große weißliche Wolke bildeten. Wegen der Gefährlichkeit der Gaswolke wurde die Berliner Straße von der Polizei sofort gesperrt. Nur die Straßenbahnen durften die Unfallstelle schnell passieren. Von der Fabrikleitung der Werke wurden sofort Maßnahmen ergriffen, um die Gefahr zu beseitigen. Eine Arbeiterkolonne, die für derartige Zwischenfälle ausgebildet ist, drang mit Gasmasken in den Kesselraum ein und es gelang alsbald, den Kessel wieder abzudichten. Verunglückt ist glücklicherweise niemand.

Folgenschweres Autounglück.

14 Personen verletzt.

Chemnitz, 19. August.

Ein schweres Autounglück ereignete sich hier am Donnerstag. Ein Motorradfahrer stieß mit einem Lastkraftwagen zusammen, auf dem 16 Kinder von der Leipziger Hillerjüngend, die von einem Ferienaufenthalt zurückkehrten, Platz genommen hatten.

Beim Ausweichen geriet der Wagen auf den Fußsteig und kippte um, so daß die Insassen auf die Straße stürzten.

Elf Kinder trugen Verletzungen davon. Eine zur Beaufsichtigung mitfahrende Frau wurde sehr schwer verletzt. Der Motorradfahrer und eine auf dem Soziusplatz mitfahrende Frau mußten gleichfalls mit schweren Brüchen und inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden.

Hoch, Piccard!

Wieder hob, zu großer Fahrt,
Er sich hoch zum Ewigblauen.
Aus dem Dreck der Gegenwart
Gibt es hier was aufzuschauen!

Einer, der nicht quatscht und hetzt,
Sondern mit den eignen Knochen
Sich in seine Gondel setzt,
Um den Himmel abzupochen.

Einer, der nicht rückwärts dreht,
Sondern dem, vor allen Dingen,
Danach Sinn und Trachten steht,
Uns ein Stück voranzubringen.

Kleines Männchen, schmal und bleich,
Ohne viel Cäsarenposen
Ist er in das Aetherreich
Wagnisfreudig vorgestoßen.

Weltraumvorstoß ist vollbracht!
Seht die Helden unsrer Tage
Sind aus diesem Holz gemacht,
Nicht von eines Hitler Schläge!

Hans Bauer.

Stratosphärenflieger



Hitler (befindet sich augenblicklich zur Erholung in „seinen“ Bergen): „Piccard imponiert mir nicht. Ich will viel höher hinaus.“

Hatentkreuze aus Posen.

Razi-Aufträge für einen polnischen Juden.

Danzig liegt im polnischen Zollgebiet. Polnische Waren kommen zollfrei nach Danzig, während reichsdeutsche Produkte durch die hohen polnischen Zölle beträchtlich verteuert werden.

Wenn das „roffende Kapital“ des Danziger Handels diesen Tatsachen Rechnung trägt, so kann das nicht wundernehmen. Zur tiefen Betrübniß aller ausbauwilligen Elemente und ihrer hohen Protektoren wird aber folgender Bericht gereichen, den wir in deutschen Zeitungen Polens finden:

Am 9. August wurde in den Räumen der Firma Jablonski in Posen von der politischen Polizei eine Haus- und Fabrikuntersuchung vorgenommen, und der Inhaber der Firma — ein Jude — wurde für einige Stunden inhaftiert. Es stellte sich heraus, daß diese Untersuchung in Zusammenhang mit der Fabrikation von Raziabzeichen stand. Die Polizei hatte angenommen, daß die Abzeichen für deutsche Raxis in Posen fabriziert wurden. Der Inhaber konnte aber nachweisen, daß er die Abzeichen auf Grund von Bestellungen der NSDAP in Danzig auszuführen hatte, worauf er freigelassen wurde. Die Raxis und andere Unterlagen sind von der Polizei vorläufig beschlagnahmt. Der Inhaber der Firma bedauert, daß er jetzt weitere Bestellungen der Raziapartei nicht ausführen kann.

Es ergibt sich nun folgende Frage, die zweckmäßig vom Vg. Feder „im Benehmen“ mit dem übrigen Wirtschaftsstab des Braunen Hauses zu begutachten wäre: Wenn die Raziabzeichen oder Zeugmeisterei Danzig ihren Bedarf, der nicht in Danzig gedeckt werden kann, statt in Deutschland bei einem polnischen Juden in Posen herstellen läßt, um Geld zu sparen — ist das nicht eine unzulässige Betätigung raffinierter Kapitalgeheimung, verschärft durch Rassenhände und Schädigung deutscher Arbeiter?

Die Schuldigen wären abzuurteilen und dann etwa dem Vg. Ministerpräsident Körber zu übergeben, der sie nach Gutdünken hängen lassen kann, bis die Krähen sie fressen — wenn er nicht vorzieht, die Exekution der nächsten SA. neuen Typs (Sprengstoff-Abteilung) zu übertragen.

Spaltung im Hahnenschwanz.

Wien, 19. August. (Eigenbericht.)

Von den acht Heimwehrleuten im Nationalrat gingen in der Lausanne-Abstimmung drei mit der Opposition, was sie mit nationalen Gründen motivieren.

Der „Bundesführer“ Starckenberg hatte Abstimmung für Lausanne befohlen, um sich die Huld der Regierung nicht zu verschmerzen, zumal es mit dem ganzen Hahnenschwanz sehr traurig aussieht. Die drei Opponenten wollen offenbar den Anschluß an den Hitler-Faschismus nicht veräumen.

Zur Abstimmung betont die „Arbeiter-Zeitung“ die Schwäche der Regierung, die für eine so wichtige Vorlage wie die von Lausanne nur eine Mehrheit von einer Stimme erhalten kann. Hebrig bleiben wird von diesem Regierungssystem nichts als die Schande, die Freiheit des Landes durch diesen Vertrag empfindlich beeinträchtigt zu haben gegen einen Bittel von einigen Millionen, mit denen sich Oesterreich nur für ein paar Monate retten kann.

Flug durch die Eislust

Was Piccard aus der Stratosphäre erzählt

Dejenzano, 19. August.

Professor Piccard gab nach der Landung Pressevertretern gegenüber seiner großen Genugtuung über das Gelingen des Unternehmens Ausdruck. Er erklärte, daß er beim Aufstieg mehrere Male die Weis und das Iyrchenische Meer habe sehen können. Die Meßinstrumente hätten außerhalb der Gondel eine Temperatur von 55 Grad unter Null und in der Gondel von 15 Grad unter Null aufgezeichnet. Der Ballon habe eine Höhe von 16700 Metern erreicht. Das ausgezeichnete Wetter habe gestattet, zahlreiche Beobachtungen anzustellen, auf deren Durchführung er von Anfang an gehofft habe.

Paris, 19. August.

Professor Piccard gewährte dem „Matin“ eine telefonische Unterredung, in deren Verlauf er sich kurz über seine Eindrücke während des Stratosphärenfluges äußerte. Er erklärte u. a., daß sein Flug ganz vorzüglich gewesen sei und daß er nichts Besseres habe erhoffen können. Das Wetter sei ausgezeichnet gewesen und habe keinen Augenblick die Voraussetzungen für den Aufstieg veranlaßt hätten. Der Wind habe den Ballon mit einer Stundengeschwindigkeit von etwa 25 Kilometern vorwärts getrieben. Während der zwölf Stunden Flugdauer hätten er und sein Assistent in aller Ruhe die Versuche durchgeführt können, die sie sich vorgenommen hatten. Das Programm sei in allen Einzelheiten ausgeführt, alle beabsichtigten Messungen seien vorgenommen worden. „Nachdem wir mehr als 16000 Meter Höhe erreicht hatten, entschlossen wir uns zur Landung, die unter den denkbar besten Bedingungen stattfand. Sämtliche Apparate sind heil heruntergekommen.“ Auf die Frage des Berichterstatters, ob er und sein Begleiter stark unter der Kälte zu leiden gehabt hätten, erwiderte Professor Piccard, daß dies während eines Teiles des Fluges wohl der Fall gewesen sei. Man dürfe aber nicht übertrieben, und im Grunde könnte er und sein Begleiter sich nicht beklagen.

Ein dritter Stratosphärenflug?

Rom, 19. August.

Wie der „Messagero“ meldet, hat Professor Piccard einen dritten Vorstoß in die Stratosphäre angekündigt, und zwar er vom Ufer der Hudson-Bay (Kanada) in der Nähe des magnetischen Pols aufsteigen. Zahlreiche Fragen würde ihre Lösung finden, wenn festgestellt wäre, wie sich die kosmischen Strahlen dort auswirken, wo die magnetische Linie in die Stratosphäre münde.

Nach Berichten der Morgenblätter war die Landung der Stratosphärengondel mit einigen Schwierigkeiten verbunden. In der Stelle, wo die Gondel niederging, befanden sich fünf Bauern, die im Lauffschritt der Gondel folgten. Piccard muß schließlich einige Tausenden aus; die Bauern ergriffen diese und versuchten, den Ballon niederzuziehen. Ein plötzlicher Windstoß erfasste jedoch die Gondel, so daß die Bauern aus Angst, in die Luft gerissen zu werden, die Tauen wieder losließen. Der Ballon erhob sich darauf etwa 50 Meter hoch. Nachdem Piccard neuen Ballast abgeworfen und das Ventil weiter geöffnet hatte, ging der Ballon wieder nieder

Gegen die Scholz-Diktatur.

Ein Aufruf des Arbeiter-Radio-Bundes.

Der Arbeiter-Radio-Bund erläßt folgenden Aufruf:

„Benige Wochen nationalsozialistischer Einwirkung haben genügt, den Rundfunk zu einem leuchtigen Verdummungsmittel werden zu lassen. Die Nationalsozialisten, die ausjagen, den Rundfunk zum Kulturinstrument zu gestalten, bilden ihn nun um zur Schimpftribüne. Unter der Freiherrnparole: „Ausmerzung aller unheimlichen fremden Einflüsse“ wird der gesamte Rundfunk gegen den Willen der wertvollen Hörer umorganisiert. Die Vertreter eines freien Volksrundfunks sollen aus den Rundfunkstellen verschwinden. Man will unter sich sein. Kein aufrichter Republikaner, kein Sozialdemokrat, kein Gewerkschafter, kein Freidenker, kein Arbeiterdichter, kein Arbeiterfänger sollen mehr mit eigenen Darbietungen vor das Mikrophon. Das verstehen die Nationalsozialisten unter „Deutsch der Rundfunk“.“

Rundfunthörer, wollt ihr euch das für eure Rundfunkgebühr weiter gefallen lassen? Nein! Aber wilde Hörerstreiks sind wertlos, daher schädlich und abzulehnen. Die berechtigten Erbitterung der Hörer darf nicht zur unbedachtsamen Abmeldung von Rundfunkanlagen führen. Sie muß vielmehr der Stärkung der Front der wertvollen Rundfunthörerchaft dienen, damit diese den Kampf erfolgreich führen kann.

Gegen Alleinherrschaft der Bürokratie im Rundfunk! Für Mitbestimmungsrecht der organisierten Hörerschaft! Für eine dem wertvollen Volk würdige Rundfunkgestaltung!

Es wird dann aufgefordert, daß diejenigen Rundfunthörer, die bereit sind im Rahmen der Eisernen Front alle Maßnahmen zu unterstützen, die eine Neutralisierung des Rundfunks erzielen, ihre Namen und Adressen dem Arbeiter-Radio-Bund (Berlin SW. 61, Giesbühner Straße 93) bekanntgeben.

Funkisches Wachsfigurenkabinett.

Alfred Nähr, Königin Luise und pensionierte Generale.

„Der Vortrag Parez“ dauert nicht, wie angekündigt, von 6.15 Uhr bis 6.25 Uhr, sondern von 6.15 Uhr bis 6.35 Uhr, teilte die „Funkstunde“ ihren Hörern mit. Die Ehrfurcht vor allem Königlichem — nebst hochgeschlossener Badekleidung, letzter Modeschrei unserer Republik — macht eine mindestens 20 Minuten währende Betrachtung dieses Sommerbildes der Königin Luise selbstverständlich notwendig. Alfred Nähr, Angestellter der „Deutschen Zeitung“ und also von echtem Schrot und Korn, zählt die Fenster und die Stützwerte des Schloßes, mißt die Länge der aneinander gereihten Zimmer aus und berichtet, daß die Kinder auf Gut Parez von dem kaiserlichen Paar eine Schuluniform bekamen; auch die Kirche zeigt noch den Schmutz und die Renonzierungen von damals. Wenn nicht alles täuscht, so hat Herr Alfred Nähr diesen ganzen Hörbericht überhaupt vor seinem lieben alten Schulgeschichtsbuch geträumt, in dem die ganze Welt ein Wachsfigurenkabinett rund um die preussische Geschichte ist. Kein Hauch der Gegenwart wirbelt den historischen Staub auf, der hier zusammengekehrt wurde.

Alfred Nähr hat die Hörer der Funkstunde schon seit langem häufig durch untaugliche Reportagen gefangeweilt, dafür aber die Veler der „Deutschen Zeitung“ hoffentlich durch objektive Rundfunkkritiken errettet. Jetzt ist dieser Rundfunkkritiker gleichzeitig, laut Mitteilung der zuständigen Stelle, der „Berichter“ von Alfred Braun, da dieser wegen „anderweitiger Ber-

und fiel schließlich aus einigen Metern Höhe hart zu Boden, so daß die Zuschauer lebhaft Befürchtungen für die Insassen hegten. Die Befürchtungen wurden erst zerstreut, als die Gondel geöffnet wurde und die beiden Forscher heraustreten.

Die Bedeutung des Stratosphärenfluges.

Der zweite Stratosphärenflug von Professor Piccard hat trotz der jüngsten aufsehenerregenden Höhenmessungen von Prof. Dr. Regener in Stuttgart große wissenschaftliche Bedeutung. Die Erforschung der Höhenstrahlen ist besonders in Deutschland sehr weit gediehen. Die „Preussische Akademie der Wissenschaften“ hat im Jahre 1930 bereits für das Meteorologische Magnetische Observatorium in Potsdam ein Höhenstrahlungs-Laboratorium errichtet, in dem die kosmischen Strahlen erforscht werden können. Zur Abblendung der Aktivität der Erdstrahlung wurde ein Eisenbetonpanzer von 68 Tonnen Gewicht mit einer Fläche von 6x9 Meter auf dem Bouplatz verankert, auf dem das Laboratorium errichtet worden ist. Durch diesen Eisenbetonpanzer werden die aus der Erde kommenden radioaktiven Strahlen abgeschirmt, so daß kaum 1 Proz. durchgelassen wird. Die Erdstrahlung ist also fast völlig ausgeschaltet. In der Mitte dieser gepanzerten Fläche können durch Aushebung der Decken die Meßinstrumente direkt am Boden beobachtet werden. Dieser Raum hat eine Länge von 5 Meter und eine Breite von 1 Meter. Es sind also hier alle Maßnahmen getroffen worden, um eine Störung der Strahlung zu vermeiden. Es wird nun interessieren zu erfahren, wie groß die Anzahl der Strahlen ist, die die Erdoberfläche treffen. Es scheint nun, als ob der Aufstieg Piccards nicht viel Neues mehr bringen kann. Diese Anshawung ist aber falsch. Schon Prof. Dr. Kohlhörster, einer der hervorragenden Forscher der Höhenstrahlung, hat festgestellt, daß mit zunehmender Höhe die Fehlerquellen wachsen, die von den Meßapparaten ausgehen und durch die äußeren Umstände bedingt werden.

Der Aufstieg Piccards ist darum für die Wissenschaft bedeutungsvoll, weil sich Vergleichsmöglichkeiten ergeben.

Die Richtigkeit der Messungen ist nur im Vergleich mit anderen Messungen zu erweisen. Zwar erscheinen die Messungen Regeners einwandfrei. Trotzdem aber wird das letzte Wort über die kosmische Höhenstrahlung durch derartige apparative Messungen nicht erwiesen werden können, wenn nicht die Menschen vorhanden sind, die sofort die Messungen kontrollieren. Aus diesen Gründen hat der zweite Stratosphärenaufstieg auch in wissenschaftlicher Hinsicht großen Wert, zumal Prof. Piccard die notwendigen Apparate mitgenommen hat, um die Strahlen einwandfrei zu untersuchen. In praktischer Hinsicht ist der Flug, wie schon ausgeführt wurde, darum von Bedeutung, weil die Erforschung der Luftströmungen in so großen Höhen für die Durchführung eines Luftverkehrs in der Stratosphäre von grundlegendem Werte ist. Auch hier wurden mit Hilfe von Apparaten Versuche unternommen, die die widersprechendsten Ergebnisse zeitigten. Erst die Anwesenheit eines Forschers in der Stratosphäre selbst kann einen einwandfreien Einblick in den Zustand der hohen Luftschichten gewähren.

pflichtungen“ plötzlich beurlaubt wurde. Herr Alfred Nähr soll auch die Oberleitung über die nächsten Sendespiele übernehmen. Da können wir uns ja auf einiges gefaßt machen!

Die Aktualität der Deutschen Welle in der „Aktuellen Stunde“ bestand diesmal in einem Sammelaufruf des Ruffhäuserbundes und der Arbeitsgemeinschaft für deutsche Wehrverstärkung, in dem sich pensionierte Generale sozusagen für vorkommende Fälle empfehlen. Weis, wie sie sagen, an Abrüstung ja doch nicht zu denken ist.

Wie wäre es, wenn, weil das doch schließlich auch nicht ganz unaktuell ist, gelegentlich auch die Vereinigungen vor dem Mikrophon zu Wort kämen, die sich für internationale Abrüstung einsetzen?

Franzosen neu frisiert.

Vielleicht war es eine Ironie der Augenbergischen Ufa-Produktion, wenn sie im Zeichen der Filmfontingentierung wenigstens eine geistige Anleihe bei den Franzosen machte. „Das schöne Abenteuer“ der Herren de Cavallat, de Fiers und Rey, mit dem der Gloria-Palast die Brücke zur Winterfession schlug, galt schon vor dem Kriege als leichteste französische Ware. Das Altadelmilieu, in dem es sich bewegt, ist inzwischen noch unaktueller geworden und Reinhold Schünzel, der für Drehbuch und Regie verantwortlich zeichnet, hat sich erst gar nicht bemüht, es mit unsren Logen zu verknüpfen. Im übrigen ist anzuerkennen, daß er zum Teil mit Erfolg aus der übergroßen Seichtheit und Geschmacklosigkeit des üblichen Tonfilmspiels herausführte und das ist immerhin schon etwas. Wenn dieses Nihilische an Begebenheit, in dessen Verlauf die Braut dem Bräutigam mit ihrem heimlichen Verlobten durchbrennt, um mit ihm „just an dem Ort, an dem die Hüttenwochen mit dem anderen verbrocht werden sollten, dank der Energie und Ahnungslosigkeit einer Großmutter die illegale Hochzeitsnacht zu feiern, mit einiger Annuit vom Stapel läuft, so ist das ein Verdienst vor allem der starken Persönlichkeit Adèle Sandrova, die aus der Großmutter einen Menschen mit Charakter und Vergangenheit macht. Dem sehr unwahrscheinlichen Bräutigam gab Otto Wallburg seine groteske Laune und deshalb einigen Humor, der nicht sehr scharf profilierten Braut Käthe von Ragn ihre unbeschwertere Frische. Als heimlichen Verlobten sah man Wolf Albach-Krey sehr knabenhaft und ungezwungen. Doch wer vermöchte im ewig lächelnden Filmland, in dem sogar die harte Arbeit der Bauern in ein beiteres, mondänen Leuten als ästhetische Stoffage dienendes Spiel umgemogelt wird, voranzufügen, ob aus natürlichen Begabungen einmal Persönlichkeiten werden! Die Landschaft war als Symbol und Ruhepunkt sehr schön in den Film hineingearbeitet und hineingephotographiert, wie überhaupt die Arbeit der Kameramänner doch Bemerkenswerteste bleibt. h. l.

Die Übungen der Singakademie haben unter Leitung ihres Direktors Prof. Dr. Georg Schumann wieder begonnen. Neben den üblichen Auführungen beinhaltet die Singakademie am 8. und 9. Mai 1933 zu Brahm 188. Geburtstag eine Brahms-Feier, bei der sämtliche Chormitglieder Teilhaber zu Gehör gebracht werden. Aufnahme singender Mitglieder Dienstag von 16 bis 17 Uhr in der Singakademie.

Freiwilligtheater Schloßpark Bsch. Am Sonntag, 17. Uhr, wird Fessings „Wanna von Barnhelm“ nochmals aufgeführt. Vereine und Schaler erhalten Vorzugsarten zu ermäßigten Preisen.

Wetter für Berlin: Sehr warm, trocken und heiter. Schwache südliche bis südliche Winde. — Für Deutschland: Ueberall Fortdauer des beständigen, hochsommerlichen Wetters mit weiterer Erwärmung.

Wilhelm Tietgens — Berichte aus England: Wirtschaftskrieg um Irland

Die „Irische Frage“ ist durch den Wirtschaftskrieg zwischen Großbritannien und Irland, der kurz vor Eröffnung der Ottawa-Konferenz ausgebrochen ist, wiederum ein Kernproblem des britischen Imperiums geworden und erregt die britische Öffentlichkeit wie in den Tagen der irischen Revolten und Bürgerkriege 1918 bis 1921. Die britische Regierung hat versucht, dieses schwierige Problem als eine ausschließlich englische Angelegenheit vor Beginn der Reichskonferenz schon in London zu lösen, jedoch ohne Erfolg.

Es ist schwierig anzugeben, was bei den gegenwärtigen neuen Streitigkeiten die ausschlaggebende Rolle spielt. Die Engländer und die Irländer sind durch eine Reihe entgegengesetzter Tatsachen und durch die Last einer vielhundertjährigen Feindschaft voneinander getrennt. Die Iren sind die Nachkommen der keltischen Urbevölkerung dieser Inseln, die Engländer sind die eingebrungenen, nicht keltischen Eroberer, Nachfolger der Sachsen und vor allem der Normannen. Die Irländer sind streng katholisch, die Engländer sind protestantisch; die Irländer sind fast ausschließlich Bauern, die Engländer sind überwiegend industriewirtschaftlich eingestellt.

Nolgen früherer Gewaltherrschaft.

Der Hauptgrund des Zwiespalts ist jedoch in der langen Gewaltherrschaft Englands über Irland zu sehen. Die Engländer hatten sich mit der schon im 15. Jahrhundert vollendeten Eroberung Irlands nicht begnügt, sondern sie haben in brutalen Verfolgungen die irischen Bauern von ihrem Grund und Boden vertrieben, Irland wurde Eigentum weniger englischer Landlords, die im Interesse der englischen Wollindustrie die Vorkämmerung brach legten und große Schafweiden entstehen ließen. Damit war die Grundlage für die Ernährung der irischen Bevölkerung zerschlagen. Zu Millionen sind die Iren ausgewandert, vor allem nach Amerika und nach Kanada. Im 1900 lebten in Nordamerika etwa 5 Millionen Iren, und 1921 hatten USA und Kanada — trotz stärkster Rückwanderung — noch je eine Million Iren, während der irische Freistaat nicht ganz 3 Millionen Einwohner zählte.

Aus der Vertreibung der Irländer entstanden aber die Kräfte zum irischen Unabhängigkeitskampf. Die in Nordamerika lebenden Irländer gründeten 1861 den Bund der „Fenianer“, der — auf die wirtschaftliche Unabhängigkeit seiner Mitglieder gestützt — eine starke und erfolgreiche Propaganda für Irlands Selbständigkeit entfaltete. Neben dem Ziel positiver Selbstverwaltung kämpfte der bald alle irischen Organisationen umfassende Bund vor allem für die Rückgabe des Landes an die irischen Bauern, und er hatte schon vor dem Kriege teilweisen Erfolg.

Die starke Gebundenheit Großbritanniens im Weltkrieg förderte diesen Kampf der Iren. Vor allem waren die Sinesier, die radikalen Irländer, unter ihrem Führer De Valera erfolgreich. Mehrfache Revolten und Bürgerkriege in Irland endeten 1921 mit einem Vertrag zwischen Irland und Großbritannien, in dem die britische Regierung dem „Irischen Freistaat“ im Rahmen des Britischen Imperiums volle Selbstverwaltung zubilligte. Lediglich der protestantisch-englische Nordosten Irlands, Ulster, blieb bei Großbritannien.

Die Enteignung der Landlords.

Mit diesem Erfolg der Irländer schien die irische Frage ein für allemal gelöst: das beherrschte Irland war ein vollwertiges Glied des Britischen Imperiums geworden, selbständig und anerkannt wie Kanada oder Australien. In Scharen wanderten die Irländer in ihre Heimat zurück. Auch die Landfrage fand eine friedliche Regelung: die englischen Landlords wurden gegen Entschädigung enteignet und das Land den irischen Bauern als Eigentum gegeben. Zu diesem Zwecke ließ Großbritannien dem irischen Freistaat eine namhafte Summe Geldes, die in halbjährlichen Raten von 30 Millionen Mark zurückgezahlt werden sollte. Die irischen Bauern bringen in besonderen „Landabgaben“ dieses Geld auf, das den „enteigneten“ Landlords in England ein gesichertes Leben garantiert.

Jeden Jahre lang wurden diese Landabgaben von den irischen Bauern abgezahlt, zehn Jahre lang wurden halbjährlich 30 Millionen Mark — das sind etwa ein Fünftel der gesamten Einnahmen des irischen Freistaates! — nach Großbritannien überwiesen. Aber in steigendem Maße erschwerte die Weltwirtschaftskrise den Existenzkampf der irischen Bauern und damit die Aufbringung der Landabgaben. Die irischen Zeitungen füllten sich mit den Namen der Bauern, die ihre Landabgaben nicht mehr erbringen konnten und unter Zwangsversteigerung fielen. Die Folge der steigenden Verarmung und Erbitterung war der große Sieg der radikalen Partei der Sinesier bei den irischen Parlamentswahlen in diesem Frühjahr, ihr im Bürgerkrieg erfolgreicher Führer De Valera wurde Ministerpräsident. Damit war die „irische Frage“ erneut aufgelaucht, und zwar ernster als je zuvor.

De Valeras erste Handlung gegen das Imperium war die Verweigerung des Treueides, den er als Ministerpräsident eines britischen Dominions dem englischen König als König des Britischen Imperiums zu leisten hatte. Damit stellte sich Irland außerhalb des Britischen Imperiums, es anerkennt nicht mehr unbedingt die Oberhoheit des Königs. Nun mag man die Verweigerung des Eides als Formelache ansehen, aber De Valera zeigte, auch in anderen Fragen, daß er sich als völlig unabhängiger und nur dem irischen Parlament verantwortlicher Staatsmann fühlt.

Verweigerung der Landabgaben.

Die ganze Schwere der irischen Frage trat aber erst vor die britische Regierung und die britische Öffentlichkeit, als De Valera die Zahlung der im Juni fällig gewordenen Halbjahresrente von 30 Millionen Mark „Landabgaben“ verweigerte, und zwar mit einer Begründung, die den Haß und die Jahrzehnte alte Feindschaft zwischen den beiden Völkern erneut herausbelebte. Die radikalen Irländer stehen nicht nur auf dem Standpunkt, daß die Zahlung der Landabgaben für die irischen Bauern eine schwere, in der Wirtschaftskrise untragbare Belastung ist und deshalb nicht weiter ermöglicht werden kann, sondern sie befreiten grundlegend die Verpflichtung zur Zahlung. Sie sagen — und nicht ohne histo-

rische Berechtigung —, daß die englischen Landlords den Besitz des irischen Landes zu unrecht erworben hatten, weil ihre Vorfahren mit Gewalt und blutigen Greueln die irischen Bauern von ihrem Grund und Boden vertrieben haben. Infolgedessen könne kein Vertrag von den Irländern für die Rückgabe ihres rechtmäßigen Eigentums Zahlungen ermarren.

De Valera will diese Streitfrage, die nicht nur eine juristische, sondern vor allem eine politische ist, einem Drei-Männer-Gericht vorlegen und sich dem Urteil dieses Gerichts fügen. Er hat die 30 Millionen Mark in einem besonderen Fonds zurückgestellt, um sie im Falle einer für Irland ungünstigen Entscheidung zur Hand zu haben. Die britische Regierung will ebenfalls ein solches Gericht anerkennen, aber nur, wenn es aus Angehörigen des Imperiums zusammengesetzt ist. De Valera sieht dagegen die Unparteilichkeit erst dann gewährleistet, wenn der dritte Mann neben dem Engländer und dem Irländer ein Vertreter einer Nation außerhalb des Imperiums ist. Damit betont De Valera wiederum die erwünschte völlige Unabhängigkeit Irlands vom Britischen Imperium und zeigt, daß der tiefere Grund dieses Konflikts nicht die Zahlung der 30 Millionen Mark, sondern die Selbständigkeit Irlands ist.

De Valera wird bei seinem scharfen Vorgehen von der Zustimmung der irischen Bevölkerung unterstützt. Es tagte während dieser politischen Verhandlungen Mitte Juni in Dublin, der Hauptstadt Irlands, der Eucharistische Weltkongress, die größte katholische Versammlung, die je auf den britischen Inseln stattgefunden hat. Millionen Pilger waren in Dublin zusammengeströmt und jubelten dem erfolgreichen Politiker De Valera zu. Unter den vielen tausend Fahnen, die die Hauptstadt schmückten, war nicht ein einziger Union Jack, nicht ein einziges Bekenntnis zum Britischen Imperium zu entdecken. Immer wieder mischte sich mit den katholischen Feierlichkeiten die national-irische Begeisterung, und die Gegnerschaft zu Großbritannien kam deutlich zum Ausdruck. Auf der anderen Seite beschrieb die englischen Zeitungen genau die begeistertsten Ovationen, die den irischen Ministern dargebracht wurden. Sie registrierten die Hochrufe auf die irische Republik und betonten das Fehlen der britischen Fahnen, sie brachten Auszüge aus irischen Zeitungen und trugen nicht wenig dazu bei, die Stimmung gegen den irischen Freistaat zu stärken. In Ulster, dem protestantisch-englischen Teil Irlands, wurden sogar katholische Pilger auf ihrem Wege nach Dublin mit Steinen und Flaschen beworfen, ein Mann wurde getötet und mehrere Personen, auch Frauen und Kinder, verletzt. Das steigerte natürlich wieder den Haß und die nationale Begeisterung der Iren ins Grenzenlose.

Englands Antwort: Repressalien.

Von der Welle dieses Kampfes der Öffentlichkeit und von der konservativen Mehrheit geführt, schritt die britische Regierung zu Repressalien gegen den irischen Freistaat. In wenigen Tagen prüfte das englische Parlament ein Gesetz durch, das Irland das Recht der Vorzugszölle des Imperiums nimmt und seine Waren mit hohem Einfuhrzoll belegt. Jetzt werden irische Lebensmittel um 20 Proz. ihres früheren Preises verteuert, während zum Beispiel dänische Lebensmittel nur mit 10 Proz. belastet sind. Das Ziel dieses britischen Zollgesetzes ist, Irland durch Drosselung seines Handels zur Nachgiebigkeit zu zwingen, gleichzeitig aber auf diesem Wege die verweigerten Gelder einzutreiben.

Der irische Freistaat antwortet aber mit gleicher Münze. Die Regierung hat ein Zollgesetz gegen britische Waren eingebracht. Gleichzeitig führt Irland mit anderen Staaten Wirtschaftsverhandlungen, um einerseits für seine Agrargüter Absatzmärkte zu finden, andererseits Industriegüter im Ausland einzukaufen und die britischen Güter zu boykottieren. Schon zu Beginn der Zollkämpfe hat das deutsche Ruhrgebiet an Stelle der britischen Kohlenruben in Wales 10000 Tonnen Kohlen geliefert, und über Liverpool werden nur noch etwa fünf Stück Rindvieh täglich nach England eingeführt statt 900 bis 1000 täglich vor Beginn des Wirtschaftskrieges.

Die wirtschaftliche Bedeutung dieses Zollkrieges ergibt sich aus einer kurzen Betrachtung der Handelsstatistik. Der irische Freistaat war für Großbritannien und Nordirland sowohl ein bedeutender Käufer britischer Industriefabrikate wie ein wichtiger Lieferant landwirtschaftlicher Produkte. Der weitaus größte Teil der irischen Produkte ging nach Großbritannien und Nordirland. Andererseits stand der kleine irische Freistaat an vierter Stelle für den englischen Abfall, wenig hinter Amerika und Deutschland. Auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, kaufte Irland aus England für rund 240 Mark, eine ungeheure Summe, denn Australien kauft von Großbritannien etwa für 150 Mark pro Kopf und Jahr, Kanada für 60 Mark und Indien für 5 Mark!

Die unmittelbare und sofortige Auswirkung dieses Zollkrieges ist die Verteuerung der Lebensführung in beiden Staaten und die Steigerung der Arbeitslosigkeit im industriellen England. Dazu treten die schweren Erschütterungen des Imperiums. Deren Ausmaß ist noch fraglicher geworden als vorher, steht doch der irische Freistaat jetzt auch schon wirtschaftlich außerhalb des Britischen Imperiums. Damit ist praktisch die völlige Unabhängigkeit erlangt, wenn auch juristisch noch eine große Anzahl zwischenstaatlicher Verträge den irischen Freistaat an Großbritannien binden.

Eine Tochter erzählt Erinnerungen an Zola — Von Else Möbus

Der Name Emile Zola ist nicht allein durch die großen literarischen Veröffentlichungen des Romanschriftstellers weltbekannt geworden. Auch sein unerschrockenes Eintreten für den Hauptmann Dreyfus zu einer Zeit, in der Objektivität und Freimut als vaterlandsschädigende und landesverräterische Eigenschaften galten, ist bis heute unvergessen. Der Name eines Kämpfers für Recht und Freiheit, eines Anwaltes der Unterdrückten wird mit den Werken Emile Zolas verbunden sein, solange seine Streitschriften und Reden, die in dem Sammelbande „Die Wahrheit auf dem Marsch“ niedergelegt sind, und vor allem der Anklagebrief „J'accuse!“ gelesen werden, und solange sein Roman „Germinal“, der unerschrockene Kampf einer sozialen Ummwälzung, die padende, aufklärerische Schilderung des Lebens französischer Proletarier, in den Herzen von Arbeitern der ganzen Welt lebendig sein wird.

Verhältnismäßig wenig aber wissen wir von Zola selbst, von seinem persönlichen Leben, seiner näheren Umgebung und seiner Familie. Seine Feinde und seine politischen Gegner haben oft versucht, ihn zu verunglimpfen, indem sie sein Familienleben unter die Lupe nahmen und das, was ihnen unverständlich und geheimnisvoll erschien, als „unmoralisch“ bezeichneten. Zola selbst ging schweigend über Anwürfe dieser Art hinweg. Er hatte größere Aufgaben zu erfüllen. Aber seine Tochter Denise hat in diesen Tagen in einem nahezu 300 Seiten füllenden Buche „Emile Zola“ eine außerordentlich fesselnde Biographie ihres Vaters veröffentlicht, in der sie nicht nur seinen künstlerischen Werdegang und die Entstehung seiner Werke, sondern auch sein persönliches Leben gewissenhaft und freimütig erzählt. So fällt Licht auch in ein Kapitel, das selbst Freunde und Verehrer des Dichters manchmal verlegen und unschlüssig zu übergehen pflegten, in sein Verhältnis zu Jeanne Rojerot, der Mutter seiner beiden Kinder. Wer war sie, und welche Rolle hat sie im Leben Emile Zolas gespielt?

Der Dichter war 48 Jahre alt, als er Jeanne Rojerot kennenlernte. Er hatte kein Leben am Schreibtisch verbracht, und oft klagte er seinen Freunden gegenüber, er habe eigentlich überhaupt noch nicht gelebt. Seine Ehe war kinderlos geblieben. Zola hatte schwere Jahre des Broterwerbes hinter sich, in denen er mit Mühe für sich und seine Mutter das Notwendigste durch literarische Tätigkeit verdiente. Dann wurde er langsam berühmt. Sein äußeres Leben war gesichert. Auch seine Ehe schien glücklich zu sein, eine Liebesheirat, die sich im Laufe der Jahre zu einem kameradschaftlichen Miteinander entwickelt hatte. Und doch fühlte sich Zola nicht ausgefüllt. Er stand an einem Wendepunkte seines Lebens, an dem er müde zurück, gleichgültig vorwärts blickte.

Da trat die zwanzigjährige Jeanne Rojerot in sein Leben. Ein sanftes, stilles Mädchen, dessen Lieblichkeit und Anmut den Dichter bezauberte. Sie wohnte in seiner Nähe, und bald verging kein Tag, ohne daß er sie sah. Zola veränderte sich völlig unter dem Einfluß dieser Liebe. Er wurde fröhlich wie ein Kind, und seine Freunde erkannten ihn kaum wieder. Ein anonymes Brief klärte seine Frau über den Sachverhalt auf. Frau Zola war außer sich und erbrach den Schreibtisch, in dem sie die Briefe an ihren Gatten wußte. Sie bestätigten ihr, was der anonyme Briefschreiber angedeutet hatte.

Es folgten schwere Monate für die drei Beteiligten. Zola achtete seine Frau und unternahm alles, um ihrem Schmerz die größte Bitterkeit zu nehmen. Aber er liebte Jeanne Rojerot, die ihm inzwischen eine Tochter Denise geboren hatte, und wollte sie nicht verlassen. Die Monate formlen sich zu Jahren, aber noch immer war die äußere Lage unverändert. Doch endlich fanden die drei Menschen nach schweren seelischen Erschütterungen einen Weg. Frau Zola blieb als rechtmäßig angetraute Frau mit ihrem Gatten zusammen, aber sie ließ ihm die Freiheit, täglich die junge Mutter und die beiden Kinder — zwei Jahre nach der Geburt der kleinen Denise war Zola ein Sohn geboren worden — zu sehen und sich ihnen zu widmen. Ja, sie brachte es schließlich über sich, sich selbst die beiden Kinder zuführen zu lassen, mit ihnen zu plaudern und zu spielen.

Erst Zolas Tod vor dreißig Jahren (Anfang Oktober 1902) brachte das Ende. Doch selbst dann, unter dem furchtbaren Eindruck dieses Schicksalschlags, vergaß Frau Zola die kleine Familie ihres Mannes nicht. Sie war abends mit ihrem Gatten nach Hause zurückgekehrt, und der Diener hatte das Schlafzimmer geheizt. In der Nacht erkrankte Frau Zola, aber es gelang ihr nicht mehr, das Fenster zu öffnen. Ohnmächtig stürzte sie unter der Einwirkung von Kohlenoxydgas zu Boden, das dem schlecht schliefenden Ofen entströmt war. Es gelang, sie ins Leben zurückzurufen. Bei Zola selbst jedoch hatten die Wiederbelebungsversuche keinen Erfolg mehr. Zwei Freunde der Familie wurden von Frau Zola beauftragt, Jeanne Rojerot und ihren Kindern schonend die Todesnachricht zu überbringen. Die junge Mutter öffnete, zum Ausgehen angekleidet, ahnungslos ihre Wohnungstür und brach bei der Todesnachricht zusammen. Sie glaubte, einer seiner politischen Gegner habe Zola getötet, und erfasste nur mühsam den wahren Hergang.

Aber Frau Zola tat noch mehr. Nach dem französischen Gesetz konnte Zola den Kindern durch Adoption seinen Namen geben, sobald die Älteste 15 Jahre alt geworden war, und unter der Voraussetzung, daß die rechtmäßig angetraute Frau ihre Einwilligung gab. Als er starb, hatte Denise jedoch erst ein Alter von 13 Jahren erreicht und führte den Namen ihrer Mutter. Frau Zola aber unternahm zwei Jahre nach dem Tode ihres Gatten die notwendigen Schritte und erreichte es, daß die beiden Kinder den Namen ihres Vaters tragen durften, den sie zeitweilig aus tiefstem Herzen liebten und verehrten, den Namen Emile Zolas.

Es ist kein bürgerliches Familienschauspiel und keine landläufige Lösung eines Problems, das tief in Menschenleben eingriff und eine Ehe im Innersten erschütterte, ohne sie jedoch zu zerstören. Aber wer will so vermessend sein, darüber zu urteilen, die drei Menschen einer Kritik zu unterziehen oder gar mit Hoß und Berachtung über die Handlungsweise Zolas hinwegzugehen? Zolas Tochter hat das Richtige getroffen, indem sie in ihrem Buche klar und eindeutig der Wahrheit die Ehre gibt und sie rückhaltlos anerkennt, ohne sie durch kleinliche Umschweife zu beschönigen. Sie hat aber auch als Frau den richtigen Ton gefunden, wenn sie mit tiefer Verehrung und kindlicher Liebe von ihrem Vater erzählt, dessen Persönlichkeit ihr zum tiefsten Erlebnis ihrer Kinderjahre geworden ist.

